Preis 1,50 DM

1 H 3752 D

Roter Morgen

RM

17. Oktober 1986

Nummer 24

WAS TUN

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Die Lehre von Wackersdorf

von JAKOB MONETA

Weder Jubel noch klammheimliche Freude über den beachtlichen Erfolg der Grünen in der bayerischen Landtagswahl kann uns den Blick davor versperren, daß sie der konservativ-rechten Strömung Auftrieb gab.

Zum ersten Mal seit der Wende in Bonn haben SPD und Grüne zusammen Wählerstimmen und Prozentanteile verloren. Die Front von CSU, FDP und rechtsextremistischen Gruppen hat prozentual zugelegt.

Die SPD verlor 4,4 Prozentpunkte und sank auf einen Stimmenanteil von 27,5 Prozent. Die Grünen hatten ein Plus von 2,9 und stiegen auf 7,5 Prozent. Für beide zusammen ergibt sich ein Minus von 1,5 Prozentpunkten. Die CSU verlor zwar 2,5 Prozentpunkte ihrer Stimmen (sie erhält 55,8 Prozent), aber die FDP gewann 0,3 und die rechtskonservativen Republikaner gewannen 3 Prozentpunkte. Andere Rechtsaußengruppen legten ebenfalls zu.

Geht man von den durch INFAS errechneten Wählerströmungen aus, wird das noch deutlicher: Am 12. Oktober gingen gut 400000 Menschen weniger zur Wahl als vor vier Jahren. Sowohl die SPD wie CSU konnten jeweils 380000 weniger dazu bewegen, ihnen ihre Stimme zu geben. 300000 SPD- und CSU-Wähler blieben zu Hause. Die SPD gab außerdem 70000 an die Grünen ab, die insgesamt 150000 Mehrstimmen vor allem von Erstwählern erhielten. Von der CSU wanderten an den rechten Rand der Parteienlandschaft rund 150000 Wähler ab. Die teilweise neu aufgetretenen nationalistischen konservativen und rechtsextremistischen Gruppen (Republikaner, FVP und NPD) hatten ein Plus von 200000 (!) Stimmen zu verzeichnen. Die Zahl der FDP-Wähler blieb mit 215000 Stimmen unverändert.

Die SPD verlor besonders in den Großstädten, „offenbar wegen der steigenden Sensibilität in Umwelt- und Energiefragen und neuerdings wegen der Neuen Heimat", wie INFAS meint.

Es gibt allerdings **eine** Ausnahme, die zum Nachdenken zwingt. Das Ergebnis im Stimmkreis Schwandorf, wo die geplante Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf liegt. Dort hat die SPD mit ihrem Kandidaten Dietmar Zierer, stellvertretender Landrat, der sich als Vorkämpfer gegen die WAA profilierte, trotz widerlicher persönlicher Verunglimpfungen durch die CSU, einen aufsehenerregenden Wahlsieg erzielt. Er gewann 10000 Stimmen und 10 Prozentpunkte, während der CSU-Verlust mehr als 14 Punkte betrug und eroberte sein Landtagsmandat direkt. Schwandorf hatte auch die höchste Wahlbeteiligung aller Kreise in Bayern (die Wahlbeteiligung war sonst mit 70 Prozent sehr niedrig). Sogar auf die nähere Umgebung in den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberpfalz färbte Wackersdorf ab. Dort verlor die CSU überdurchschnittlich mit 6,7 bzw. 7,7 Prozentpunkten.

Welche Lehren müssen wir daraus ziehen? Wenn es möglich ist, die **potentielle** Gefahr, die von der Wiederaufbereitungsanlage ausgeht durch Mobilisierungen und persönlichen Einsatz so bewußt zu machen, daß es das Wahlverhalten verändert, warum sollte das mit den viel konkreteren Gefahren, die von der bereits in den USA und Japan spürbaren neuen Rezession ausgehen, die uns mit noch mehr Arbeitslosigkeit, mit weiterem Sozialabbau bedroht, nicht gelingen? Allerdings muß man dazu bereit sein

- die Menschen zu mobilisieren, wie es in Wackersdorf geschah
- die Wahrheit über die kapitalistische Krise zu sagen und
- nachdem der „dritte Weg" mit dem Zusammenbruch der Neuen Heimat sich als ungangbar erwiesen hat, eine Alternative aufzuzeigen.

Gegen kapitalistische Anarchie, die uns mit dem Chaos von Arbeitslosigkeit, Umweltvernichtung, militärischen Zusammenstößen bedroht, hilft nur sozialistische Demokratie mit einer geplanten, auf die Bedürfnisse und Wünsche der Menschen ausgerichteten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

Vereinigte Sozialistische Partei gegründet

von HELMUT WEISS

Am 4./5. Oktober war es soweit: Durch die Vereinigung von KPD und GIM entstand eine neue Partei, die VSP. Damit ist ein erster Schritt gemacht hin zur Vereinigung revolutionärer Sozialistinnen und Sozialisten der BRD in einer Partei. Die Gemeinsamkeit der programmatischen Ziele als Grundlage für die gemeinsame Organisation: Diese These über den Weg eines umfassenderen Vereinigungsprozesses wurde mit diesem konkreten Schritt bestätigt. Eben nicht die Auseinandersetzung um aktuelle Fragen, die sehr wohl innerhalb einer gemeinsamen Partei diskutiert werden können (und dafür hat das neue Parteistatut breite demokratische Regelungen geschaffen) und auch nicht die Bearbeitung theoretischer Fragen (wo das Aufeinandertreffen zweier „Denkschulen" in einer Partei sich ausgesprochen befruchtend zur Überwindung schematischer Festlegungen erweisen kann) sind die entscheidende Grundlage für eine solche Vereinigung, sondern die gemeinsam angestrebten politischen Ziele, in diesem Falle eben das Ziel einer von tatsächlicher Arbeitermacht geprägten sozialistischen Demokratie. Dieses sozialistische Ziel ist im neuen Parteiprogramm eindeutig festgehalten.

Die VSP versteht sich als eine, wenn auch kleine revolutionäre Arbeiterpartei und läßt sich in ihrer Politik von den Interessen der Arbeiterklasse leiten — dies wurde in der entsprechenden Resolution der Vereinigungskonferenz unterstrichen. Das bedeutet nicht nur die Bereitschaft zur Aktionseinheit im Kampf gegen Unternehmer und Reaktion, nicht nur die solidarische politische Auseinandersetzung mit reformistischen Vorstellungen innerhalb der Arbeiterbewegung, sondern auch die Bereitschaft und den Willen für die Fortsetzung des Einigungsprozesses revolutionärer Sozialisten — der Name ist auch Programm.

Die grundlegenden Parteidokumente der VSP liegen vor: wer diese Auffassung sozialistischer Politik zumindest weitgehend teilt, ist aufgerufen, diese Partei zu stärken. Auch für diejenigen, die erhebliche Einwände haben, wäre es nützlich, diese zu erheben, um eine konkretere Diskussion in Gang zu bringen.

In drei Wochen kommt die SoZ



In drei Wochen (eine Woche länger als der übliche Abstand — wg Gestaltungsfragen ausarbeiten usw.) erscheint die Nummer 1/86 der Zeitung der VSP „Sozialistische Zeitung", kurz: SOZ.

Diese Ausgabe ist ein „Bastard" aus „Roter Morgen" und „Was tun" - wie der geneigte Leser und die geneigte Leserin unschwer erkennen können. Das entspricht den Absprachen vor der Vereinigung, das hatte und hat im wesentlichen den Sinn, die erste Nummer der SOZ nicht unter dem kolossalen Zeitdruck machen zu müssen, der unvermeidlich nach einer solchen Konferenz entsteht.

Zur Kenntnis: Die bisherigen Abos beider Zeitungen laufen weiter. Als Aufruf: Die Mitgliedschaft der VSP sollte sich überall überlegen, wie gerade die erste Ausgabe der SOZ (mit Werbenummern usw.) örtlich unter die Leute gebracht werden kann (und besondere Ortsauflagen dann auch gesondert bestellen). Zentrales Werbematerial liegt vor. Bereitschaft zur Mitarbeit und Kritik an der SOZ sind redaktionell ausgesprochen erwünscht ...

Der spanische Betrug

Tumulte gab es letzte Woche im spanischen Parlament. Was die Organisatoren der NATO-Volksabstimmung im Frühjahr stets behauptet, die PSOE-Regierung stets abgeleugnet hatte, hat sich nun als wahr erwiesen. Die Regierung Gonzalez hatte nicht zuletzt mit dem Argument die Ablehnungsfront aufgeweicht, Spanien werde sich nur politisch beteiligen, nicht aber in die militärische Struktur eintreten.

Das geheimgehaltene Beitrittsdokument wurde nun von der Zeitschrift „Interviu" veröffentlicht und führte zu den Auseinandersetzungen in den Cortes. Im Dokument wird deutlich, daß Spanien sowohl am Militärrat als auch an den Ausschüssen für Bewaffnung, Logistik, Infrastruktur, Fernmeldewesen, Haushalt und auch der nuklearen Planungsgruppe teilnimmt — ein Katalog, der Gonzalez' Versprechungen Lügen straft. Außenminister Ordonez versucht in der Debatte das Geheimabkommen als einen Erfolg der spanischen Regierung gegen alle möglichen Pressionen darzustellen, was ihm aber nicht gelang.

Der Abschuß

Zweierlei hat der Abschuß einer US-Nachschubmaschine für die Contras über Nicaragua ans Tageslicht gebracht: die enge Verzahnung von Regierung und rechten Privatorganisationen der USA bei der Unterstützung der Contras zum einen und die Absichten der USA, diesen Abschuß politisch auszubeuten, zum anderen.

Einer der Organisatoren dieses Fluges, ein Exilkubaner namens Max Gomez (der bereits an der Vorbereitung des einst gescheiterten Überfalls auf Kuba an der Schweinebucht beteiligt gewesen war), hatte in den letzten Monaten zahlreiche Unterredungen mit George Bush, dem amerikanischen Vizepräsidenten — dieser leugnete sofort, dabei mit Gomez über konkrete Maßnahmen gesprochen zu haben, konnte aber nichts zu dessen Geldquellen sagen, die vielfach in der schwarzen Kasse des CIA vermutet werden. Die sogenannte private Hilfe für die Contras war in der Vergangenheit nichts anderes gewesen als ein Mittel der Reagan-Regierung, irgendwelche parlamentarischen Schwierigkeiten für ihren Kriegskurs gegen Nicaragua zu umgehen.

Die andere Seite war die sofortige US-Forderung, mit dem gefangenen Besatzungsmitglied Eugene Hasenfus sprechen zu können, da sonst nicht einsehbar sei, wozu es eine US-Botschaft in Managua gäbe — also eine ziemlich offene Drohung mit dem Abbruch diplomatischer Beziehungen, was ein weiterer Schritt zur Beseitigung legaler Hindernisse für eine verstärkte Aggression gegen Nicaragua wäre. Die Forderung wurde zwar sofort erfüllt, aber sämtliche amerikanischen Medien waren in diesen Tagen voll mit Spekulationen darüber, wie ein Prozeß gegen Hasenfus, der in Vorbereitung ist, von Washington taktisch für einen solchen Abbruch der Beziehungen auszunutzen wäre.

Diese Vorgänge werfen noch einmal ein deutliches Licht auf die Vorgehensweise der US-Regierung gegen Nicaragua und das Zusammenspiel von Regierungsstellen, Geheimdienst und sogenannten Privaten. Sie machen erneut deutlich, daß es sich um eine geplante und systematisch eskalierte Aggression gegen Nicaragua und seine Revolution handelt und daß Washington jede Möglichkeit ausnutzt, die Gangart weiter zu verschärfen.



Diepgen, der Ahnungslose

Er hat es schon schwer, der Regierende Bürgermeister von Westberlin, Eberhard Diepgen (CDU). Er hatte keine Ahnung, als rings um ihn alle seine intimen Freunde einsackten — Stichwort „Affäre Antes". Und er hat auch jetzt keine Ahnung gehabt, was sein Finanzstaatssekretär Schackow alles getrieben hat (zum Beispiel sich runde drei Millionen DM eingesackt für Baugeschäfte mit einem Herrn Bertram aus München). Im Juni wurde zwar Schackow suspendiert (allerdings unter Bezug von 75 Prozent seines Einkommens und Beibehaltung aller seiner Posten bis auf einen direkt aus dem Baubereich), aber noch immer hatte Diepgen keine Ahnung. Die bekam er, wie bei Antes und Co, erst, als Schackow per Haftbefehl festgesetzt wurde. Ohne Zweifel: Der ahnungsloseste Politiker aller Zeiten — gäbe es diese Auszeichnung, sie wäre Diepgen 86 gewiß. Immer neue Korruptionsaffären, immer wieder aus dem Baubereich und immer wieder in engster Verbindung zwischen CDU-Politikern und Vertretern der sogenannten Unterwelt — allerdings teilweise in Personalunion. Und nie weiß Diepgen etwas, noch nicht einmal, wie weit er selbst beteiligt war. Daß die Rechte Skandale besser auszunutzen weiß als andere, zeigt die Neue-Heimat-Affäre. Die Ahnungslosen dagegen, sei es aus Passion, sei es wg Blackout, sie sind bisher noch immer davongekommen, dies zu ändern könnte manches am politischen Klima dieser Tage verändern.

ÖTV-Tarifrunde

Zur Tarifdiskussion der ÖTV 86/87 erschien der folgende Aufruf innerhalb der Gewerkschaft, der von rund 130 Mitgliedern und Funktionären unterzeichnet wurde:

Liebe Kolleginnen,
Liebe Kollegen,
wie wir dem ÖTV-Tarif-Info Nr. 1 vom Juli 1986 entnehmen, hat die große Tarifkommission beschlossen, für die Mitgliederdiskussion zur Tarifrunde 1987 als Schwerpunkte eine aktive Lohnpolitik und die Vorruhestandsregelung vorgegeben.

Grundsätzlich halten wir es als Mitglieder und Funktionsträger unserer Organisation für erforderlich, an die Forderungen der letzten Tarifrunde anzuknüpfen und diese kontinuierlich fortzusetzen.

Hierzu nun einige Überlegungen.

Geleitet von der schon im letzten Jahr maßgeblichen Forderung nach einheitlichem Dienstrecht, schlagen wir erneut die Erhöhung der allgemeinen Zulage auf 100,— DM für alle, sowie deren Einarbeitung in die Lohn- und Gehalts- und Besoldungstabellen vor.

Ferner wird vorgeschlagen: 30 Urlaubstage für alle und die Anhebung des Urlaubsgeldes um 150,— DM für alle. Darüberhinaus halten wir eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Besoldungen um einen **Festbetrag** für angemessen.

Gegen die Forderung nach einer Vorruhestandsregelung unter der Voraussetzung des vollen Einkommens- und Personalausgleichs bestehen unsererseits keine Bedenken. Wir halten sie zur Zeit jedoch nicht für sinnvoll.

Die Entscheidung der ÖTV ist 1985 zugunsten der Wochenarbeitszeitverkürzung gefallen. Es wäre taktisch unklug und gefährlich, nun, 1 Jahr vor der Tarifrunde 1988, in der diese Forderung wieder zur Debatte steht, für eine andere Form der Arbeitszeitverkürzung einzutreten. Hierdurch wären die Chancen, 1988 die 35-Stunden-Woche anzustreben, gleich null.

Es kommt hinzu, daß durch eine solchen Schwenk auch unseren Kolleginnen und Kollegen in der IGM und der DruPa, die bereits 1987 die 35-Stunden-Woche fordern, ein Bärendienst erwiesen wäre. Die angeknackste Geschlossenheit der DGB-Gewerkschaften erhielte dann einen neuen, entscheidenden Riß.

Wir bitten Euch, diese Vorschläge in Euren Betrieben und gewerkschaftlichen Strukturen zu diskutieren.

§ 218-Aktion/ Nachlese

von MANUEL KELLNER

Die 2000 Demonstrantinnen und Demonstranten, die in Aachen auf dem Katholikentag gegen die „Rettet-das-werdende-Leben"-Demagogen für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen eintraten, könnten der Anfang eines Neuaufschwungs der Bewegung gegen die Kriminalisierung der Abtreibung sein. Eine nachträgliche Auswertung des Katholikentags — wie sie in der vorletzten Ausgabe der „Was tun" vorgenommen wurde — ergibt, daß sich katholische Frauen dort ebenfalls gegen die Haß-Tiraden eines Kardinal Höffner wandten, was — ebenso wie die Demonstration — von den Medien kaum registriert worden ist.

Noch im September erschien im Emma-Verlag ein Buch unter dem Titel „Weg mit dem §218. Wir fordern eine Verfassungsklage! Gehen SPD/FDP/Grüne nach Karlsruhe?" von Alice Schwarzer. Deses Buch ist nützlich, nicht nur weil es die Kundgebungsreden von Alice Schwarzer und Maggy Origer in Aachen dokumentiert. Erinnert wird auch an die „Selbstbezichtigungskampagne" 1971, dokumentiert werden Positionen aus Gewerkschaften, SPD, Grüner Partei. Insbesondere argumentiert die Broschüre für eine Verfassungsklage gegen den § 128. Der Vorschlag der Verfassungsklage ist interessant genug, daß Sozialistinnen und Sozialisten sich damit auseinandersetzen sollten, ob ein solcher Schritt die erhoffte Offensive bringen kann.

GIM und KPD, inzwischen aufgelöst zugunsten der gemeinsamen Vereinigten Sozialistischen Partei, unterstützten die Protest-Demonstration in Aachen. Als sie ein Plakat dazu herausgaben, wurde dies von Frauen in Aachen, die die Demonstration maßgeblich initiiert und vorbereitet hatten, kritisiert. Daraufhin verabschiedeten die ZKs von GIM und KPD eine Entschließung, die selbstkritisch feststellte, daß das Plakat auf Uninformierte so wirken mußte, als riefen nur sie allein zur Demonstration auf — der breite Trägerkreis war aufgrund eines Versehens nicht aufgeführt. Diese Selbstkritik ist hiermit öffentlich, im Interesse der künftigen Zusammenarbeit.

Todesschwadrone in Nordirland

Die britische Zeitung „The Observer" enthüllte am letzten Wochenende Fakten, die schon lange vermutet wurden: Die Existenz von „Todesschwadronen" innerhalb der militärischen Polizeitruppe Royal Ulster Constablery (RUC). Innerhalb der südlichen RUC-Region in Armagh gab es erwiesenermaßen eine Truppe von zwei Dutzend Männern, die im Jahr 82 all diejenigen Personen ermordete, die im Verdacht standen, mit einem Bombenattentat in Kinigo in Verbindung zu stehen. Dabei auch mehrere Personen getötet wurden, die nicht einmal in diesem Verdacht standen, wurde hingenommen.

Diese Truppe, die in gepanzerten Autos in Sechs-Mann-Trupps agierte, war mit Maschinengewehren, Schnellfeuergewehren, Pistolen, Funkverbindungen usw. ausgerüstet. Sie bestanden fast ausschließlich aus Männern, die erst knapp über ein Jahr RUC-Mitglieder waren — mehr als die Hälfte von ihnen war vorher Berufssoldat in der britischen Armee gewesen. Sie standen außerhalb der normalen Befehlsstrukturen der RUC und agierten zusammen mit dem Geheimdienst MI 5 und unterstanden offenbar direkt Sir John Hermon, dem Oberkommandierenden der RUC.

Den spektakulärsten Überfall organisierte diese Truppe am 11. 11. 82, als sie auf einer Landstraße einen Wagen mit drei angeblichen Verdächtigen abpaßte und mit insgesamt 109 Schüssen auf das Auto stoppten und die noch Überlebenden aus nächster Nähe erschossen. Mehrere Augenzeugenberichte und gerichtsmedizinische Untersuchungsergebnisse zu diesem Verbrechen waren bis vor kurzem geheim gehalten worden und wurden erst jetzt durch den Bericht des „Observer" der Öffentlichkeit bekannt. Die britische Regierung selbst war offensichtlich an der Falschinformation der Öffentlichkeit ebenso beteiligt, wie sie von der Bildung dieser Todesschwadrone wußte. Daraufhin deuten auch Tatsachen, wie sie in London in der letzten Woche im Zusammenhang mit einem 12 Jahre alten Urteil gegen angebliche Bombenattentäter bekannt wurden — daß Regierungsstellen seit langem wissen, daß die Zeugenaussagen, die zur Verurteilung führten, gekauft waren, sich aber an verschiedenen Maßnahmen, eine Neuaufnahme zu verhindern, beteiligten.

DER FALL BMW

Ein Lehrstück über Demokratie und Meinungsfreiheit im Betrieb

Teil 2 der Dokumentation über den „Fall BMW" ist erschienen. Die über 100 Seiten starke Broschüre kostet 7,— DM und kann bei folgender Adresse bestellt werden: Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal.

NRW-Treff der Antifa-Initiativen

Am 25. Oktober findet in Marl der nächste NRW-weite Treff der antifaschistischen Initiativen statt. Neben der Diskussion über die Kampagne gegen die FAP und die Kandidatur faschistischer Parteien zur Bundestagswahl werden auch verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, um verschiedene Positionen des wesentlich gewachsenen Kreises kennenzulernen und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Dies sind die AGs Asylrecht und Ausländerpolitik, antifaschistische Bündnispolitik, Rolle faschistischer Organisationen, Verbotskampagne ja oder nein, Programm und Ideologie faschistischer Organisationen und Faschismus als Krisenlösung kapitalistisch-patriarchalischer Herrschaftssysteme.
Ort: Jugendbildungsstätte der Stadt Marl, Rottgershof, Langenbochumer Str. 22 in 4370 Marl.
Zeit: Samstag, 25. Oktober, 10.00 Uhr.

Veranstaltung der VSP

zum Thema „Neue Heimat" mit Hans-Jürgen Schulz, ehemaliger Betriebsrat in der Neue-Heimat-Konzernzentrale in Hamburg: Freitag, den 17.10.1986 um 20.00 Uhr im Gasthaus Henning, Markstraße/Ecke Friedrich-Karl-Str., Oberhausen.

Roter Morgen

RM

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: 0231/433691. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund.
Erscheinungsweise zweiwöchentlich Freitags. Einzelpreis 1,50 DM, Abonnement: 40 DM für 1 Jahr, 20 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vora. rechnung zu zahlen. Sobald die chnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA" bei.

Reagan/Gorbatschow

Kühle in Island

von MANUEL KELLNER

Am Sonntag, den 13. Oktober ging das große „Gipfeltreffen" zwischen Reagan und Gorbatschow ergebnislos zu Ende. Insbesondere in den beiden vorhergehenden Tagen war in der Weltöffentlichkeit die Hoffnung gestiegen, man könne mit „ernsthaften Ergebnissen" rechnen. Die politische Analyse der meisten Leitartikler besagte im übrigen, daß sowohl für Reagan wie auch für Gorbatschow schon das innenpolitische Kalkül für zumindest kosmetische Aussichten auf Maßnahmen der Abrüstung bzw. Abrüstungskontrolle sprach.

Die sowjetische Seite kam nicht nur mit der Vorleistung ihres einseitig durchgeführten Atom-Test-Moratoriums nach Reykjavik. Sie bot an, die sogenannte strategische Rüstung in den nächsten Jahren um 50 Prozent zu verringern und dann ganz abzuschaffen. Sie schlug vor, die Mittelstreckenraketen in Europa ganz abzubauen, und zwar unter **Ausklammerung** der britischen und französischen Atomstreitmacht. Zusätzlich erklärte sie die Bereitschaft, den **asiatischen** Bestand an SS-20-Raketen um 80 Prozent zu senken. Weiterhin sollte garantiert werden, daß keine der beiden Seiten sich eine Überlegenheit errüsten kann, unter anderem durch eine Verlängerung um 10 Jahre (nicht mehr: 15 Jahre) des ABM (Raketenabwehr)-Vertrages. An diesem Punkt setzte die Obstruktion der US-Seite an. Sie schlug vor, in diesen 10 Jahren die strategische Rüstung ganz zu vernichten. Die sowjetische Seite stimmte zu, allerdings unter zwei Bedingungen: 1. Die USA solle sich dem Teststopp anschließen, 2. die USA dürfe nur im Labor weiterforschen und weitertesten. Dies akzeptierte Reagan nicht — er beharrte darauf, in Sachen SDI weiterzuforschen und auch weiter im Weltraum zu testen.

Mittlerweile ist bekannt: SDI, wenn es überhaupt etwas bringen kann, könnte bestenfalls einen sowjetischen **Vergeltungsschlag** nach einem Erstschlag der USA zum Teil abfangen. Hauptsächlich ist SDI dem Wahn einer möglichen Überlegenheit und dem Bedürfnis des Rüstungskapitals nach immer kostspieligeren Staatsaufträgen zu verdanken.

In dieser Runde geht das Scheitern der Gespräche eindeutig auf das Konto von Reagan und der Falken im Weißen Haus. Im übrigen gilt weiterhin Brecht: „Die Oberen reden vom Frieden — kleiner Mann, mache dein Testament".

CDU-Parteitag

Rechte Zuversicht

von MANUELL KELLNER

Die CDU präsentierte sich auf ihrem Mainzer Parteitag als ungebrochen zuversichtlicher Kanzler-Wahlverein. In den sogenannten „Foren" zu Technologie, Arbeit und sozialer Sicherheit gab es keinerlei wirkliche Diskussion — kontrovers schon gar nicht. „Weiter so, Deutschland mit Helmut Kohl und der CDU", diesem Motto entspricht auch das sogenannte „Zukunftsmanifest", ein Dokument leerer Polit-Phraseologie. Angesichts der realen anstehenden Probleme — von der Massenerwerbslosigkeit bis zu den Folgen des nächsten wirtschaftlichen Tiefs — und angesichts der wirklichen Pläne der Unions-Parteien, die Gewerkschaften entscheidend zu schwächen und die Umverteilung von unten nach oben massiv zu forcieren, stellt sich die Frage, wie unbekümmerter Optimismus und günstige Prognosen für das Abschneiden der Unions-Parteien bei den Bundestagswahlen (bestätigt durch die Landtagswahlen in Bayern) eigentlich zu erklären sind. Haben die Parteien der „Wende" nicht spätestens seit der Flick-Affäre den Geruch, bezahlte Handlanger des Kapitals zu sein? Stießen sie nicht mit ihren Plänen und ihrer Politik auf massiven Widerstand — gewerkschaftliche Mobilisierung für die 35-Stunden-Woche, Massendemonstration gegen Rüstung und Raketen, gegen Kernenergie, wiederum gewerkschaftliche Mobilisierung gegen die Änderung des Streikrechtsparagraphen 116 AFG? Entspricht nicht das Ansinnen der SPD, „nach der Wende den Wechsel" herbeizuführen, dem Gefühl einer wachsenden Zahl von Leuten, die die Erfahrung machen mußten, daß die Politik der „Wende" **keines** der Probleme lösen konnte, deren Lösung großspurig verkündet worden war — angefangen bei der Ausbildungsmisere bis hin zur Staatsverschuldung? Führten sich die „Wende"-Fürsten nach Tschernobyl nicht wie eine moralisch verkommene Bande von (Atom-)lobbyhörigen Politgangstern auf, denen Leben und Gesundheit der Bevölkerung nichts gilt und die die Öffentlichkeit bewußt und systematisch belügen?

Angesichts dieser Erwägungen mögen manche eine gewisse Hilflosigkeit verspüren — was soll noch passieren, was soll unternommen werden, damit die große Mehrheit einer solchen Politik endlich die Quittung verpaßt, die sie verdient?

Dabei gibt es einige Zusammenhänge, die die Arroganz und den Optimismus der politischen Rechten erklären können. Da wäre zunächst einmal der konjunkturelle Aufschwung, in dem sich die BRD seit Anfang 86 befindet. Sicher: Das steht im Rahmen einer langfristig depressiven Tendenz und inmitten einer immer bedrohlicheren Lage der kapitalistischen Weltwirtschaft, in der die führenden Bankerkreise immer offener von einem drohenden Bankenkrach sprechen. Keines der Probleme ist von der „Wende"-Regierung gelöst worden, schon gar nicht das der Massenerwerbslosigkeit. Immerhin aber hat der Konjunkturaufschwung die Lage auf dem Arbeitsmarkt vorübergehend entspannt. Immerhin war es möglich, eine weitgehende Geldstabilität zu erreichen. Solche Erscheinungen führen viele zu der irrigen Annahme, es bestehe hier ein Verdienst der Regierungspolitik — wie auch eine neue Bundesregierung für die unvermeidlich kommenden Rückschläge verantwortlich gemacht werden wird!

Es gibt aber noch einen anderen Aspekt, und der betrifft jene, die in Opposition zum Wende-Lager stehen. Was ist der politischen Speerspitze der rechten Hetze entgegengesetzt worden, die im Sommer aus der Tasche gezogen wurde? Die SPD gab ihr im Grunde recht, wenn sie die „Asylantenflut" als reales Problem akzeptierte und sie auf dem Wege der Einflußnahme auf die DDR-Führung mit „einzudämmen" half. Die Skandale der Wenderegierung sind heute überlagert von dem Skandal, den die systemkonforme Arbeitsweise und Einstellung der gegenwärtigen Gewerkschaftsführung hervorgebracht hat, von dem Skandal um den Verkauf der Neuen Heimat und seiner Vorgeschichte. Die gesellschaftliche Mobilisierung all derer, denen die Wendepolitik an den Kragen will, wäre das einzige Mittel, das auch wahlpolitisch eine Niederlage der Wendeparteien wahrscheinlich machen könnte. Der Verlaß auf den Urnengang, auf die ausgelutschten Mittel der Wahlkampfpropaganda und erst recht das politische Zurückweichen vor der rechten Offensivkraft werden die Wendeparteien nicht in die Defensive bringen, ganz im Gegenteil.

IG DRUPA:



Neuer Anlauf zur 35-Stunden-Woche

Die ersten beiden Tage des Kongresses, der vom 12.-19.10. in Essen stattfindet, sind recht vielversprechend. Von den Wänden prangt das Motto dieses 14. ordentlichen Gewerkschaftstags in leuchtendem Rot: „Auf die eigene Kraft vertrauen!" Die 268 Delegierten (die jüngste 23 Jahre alt, der älteste 66, Durchschnittsalter 45, durchschnittliches Organisationsalter 25, 15% Frauen, 76 Hauptamtliche, nur ein ausländischer Kollege) hörten zuerst die Begrüßungsrede von Erwin Ferlemann, dem 1. Vorsitzenden, der bereits auf einer vorangegangenen Pressekonferenz die Betriebsbesetzung als probates Mittel gegen Aussperrung bezeichnet hatte.

von MICHAEL SCHMIDT und MANUEL KELLNER

Ein entsprechender Antrag des Landesbezirks Hessen wurde von ihm und von der Antragsberatungskommission zur Annahme empfohlen. Als Ziel der nächsten Tarifrunde — zum 31. März 1987 werden die 38,5 Stunden gekündigt — nannte Ferlemann die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in Form des 7-Stunden-Tages, wobei allerdings die Möglichkeit eines Stufenplans eingeräumt wurde. In einer späteren Rede erwähnte er, daß der DGB-Bundesvorstand auf Antrag der IG DruPa Anfang 87 einen „arbeitskampfpolitischen Kongreß" durchführen wird.

Ferlemann setzte in seiner Begrüßungsrede auch politische Akzente, besonders gegen die Ausländerfeindlichkeit (unter diesem Motto stand auch das Kulturprogramm). Er sei stolz auf Günter Wallraffs Mitgliedschaft in der DruPa, denn der habe in dieser Frage mehr geleistet als die Gewerkschaften insgesamt in dne letzten Jahren. Besonders scharf kritisierte Ferlemann die „verlogene" Redeweise vom „Asylantenstrom". Er kritisierte die terroristischen Akte der RAF und wendete sich gleichzeitig unter Anspielung auf den US-Überfall auf Libyen gegen den Staatsterrorismus. In Sachen Neue Heimat erklärte er sich „solidarisch" mit Ernst Breit. Begeisterung aber löste eher die Solidarität mit den kämpfenden Kolleginnen und Kollegen von Murdoch aus Britannien aus, die mit einer Delegation vertreten waren.

Peter Rauschenbach, Oberbürgermeister von Essen und SPD-MdB, erhielt viel Beifall, als er erwähnte, daß zu prüfen sei, ob die Volkszählung in Essen finanziell überhaupt durchführbar ist. Im übrigen schilderte er die soziale Lage in der Stadt: wachsende Arbeitslosigkeit, wachsende Zahl von Sozialhilfeempfängern, wirtschaftliche Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung.

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit konnte mit einer drögen und den selbstgebauten Mist lahm rechtfertigenden Rede ebensowenig Stimmung auf seine Seiten ziehen wie Johannes Rau. Dieser sprach unter dem alten Motto „versöhnen statt spalten". Zum § 116 AFG und zum sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz versprach er diesmal bauernschlau die „Rücknahme, sobald wir es irgendwie können". Er sei für starke Gewerkschaften zwecks Wahrung des „sozialen Friedens", für Arbeitszeitverkürzung „egal in welcher Form".

Gerade diese Form aber spielte in den Reden am Montag eine ganz entscheidende Rolle. Detlef Hensche, 2. Vorsitzender, nannte nden 7-Stunden-Tag als Übergangsziel zum 6-Stunden-Tag. Besonders scharf wandte er sich gegen jede Form der Flexibilisierung und kritisierte die „Wackeleien in den eigenen Reihen" und die „Zwischentöne bei der IG Metall", die irrig von einer Möglichkeit der Flexibilisierung im Interesse der abhängig Beschäftigten ausgehen. Diese aber brauchen kollektive Arbeitsnormen, die tariflich festgelegt werden. Gerade gegen Flexibilisierung und ungeschützte Arbeitsverhältnisse wird es zum Jahreswechsel konkrete „Handlungsanweisungen" für die Betriebe geben.

Einen Höhepunkt stellte die Rede der Frauen-Sekretärin Gisela Kessler dar, die oft von Beifall unterbrochen wurde. Sie war heiser und eröffnete ihre Rede mit einem Brecht-Zitat: „Auch der Zorn über das Unrecht macht die Stimmen heiser. Wir, die den Boden bereiten wollten für die Freundlichkeit, konnten selber nicht immer freundlich sein". Und das war sie auch nicht. Sie zeigte konkret auf, was Flexibilisierung für die Frauen bedeutet — und wie frauenfeindlich die Politik der Wenderegierung ist. Zum Thema § 218 sagte sie, ungeborenes Leben werde nicht geschützt, indem man die Frauen durch einen „Knebelparagraphen zwingt, Kinder zu bekommen". Daher sei die IG DruPa schon seit 1980 für die Streichung des § 218. In Schweden habe eine offizielle Untersuchung Strahlenschäden bei den Embryos festgestellt, die durch die Bildschirmarbeit von Frauen verursacht werden. In der BRD wird das geleugnet. Hier hätten die „Verfechter des Schutzes ungeborenen Lebens ein wichtiges und breites Betätigungsfeld". Mit Stolz verwies Gisela Kessler auf den Organisationsgrad von 46,3 Prozent Frauen in der IG DruPa, gemessen am Beschäftigungsgrad.

Wichtiges Thema der Rednerinnen und Redner war auch die Lohnfrage. Gisela Kessler: Die Doppel- und Mehrfachverdiener sind bei hohen Profitraten und Subventionen die Leute in den Chef-Etagen. In einer Situation, in der viele nicht mehr als 1500,— DM verdienen, kommt Lohnverzicht nicht in Frage.

Die IG DruPa bereitet sich auf den Arbeitskampf sehr konkret vor. In einer Reihe von Betrieben werden Aktionsausschüsse gebildet. Diese werden an Schulungen über die Lehren des Tarifkampfes 1984 und über die Probleme des kommenden teilnehmen. Am 21./22. November wird die große Tarifkommission über die Forderung beschließen.

Bericht zur Gründungskonferenz der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) am 4. und 5. Oktober 1986 in Dortmund

Am Wochenende, den 4./5. Oktober fand in Dortmund die Gründungskonferenz der neuen sozialistischen Organisation statt, die sich aus dem Zusammenschluß der Gruppe Internationale Marxisten und der Kommunistischen Partei Deutschlands ergibt. 160 Delegierte, paritätisch aus den Reihen der GIM und der KPD gewählt, berieten über Programm, Statut, Resolution zum Selbstverständnis der neuen Organisation. Außerdem diskutierten sie über Vereinbarungen zum Verhältnis zur Vierten Internationale, deren Mitglied die GIM bisher war. Letztlich wurde über den Namen der neuen Ornisation, den Namen der Zeitung und über die nächsten Aufgaben — insbesondere zu den Bundestagswahlen 1987 — beraten.

von THIES GLEISS

Die Konferenz wurde von zahlreichen Gästen von anderen linken Organisationen aus dem In- und Ausland besucht. Unter den Gästen wurde besonders Sergio Baltadano, Sekretär der Botschaft Nicaraguas in der Bundesrepublik begrüßt. Er hielt eine Grußrede an die Konferenz, in der er betonte, daß die Vereinigung der Revolution in Nicaragua und die Stärkung der revolutionär-sozialistischen Kräfte in der Bundesrepublik eng zusammenstehen.

Zum Beginn der Konferenz sprachen Horst Dieter Koch für die (Ex-)KPD und Hermann Dirkes für die (Ex-)GIM zur Bedeutung der Vereinigung. Hermann Dirkes führte aus, daß die Vereinigung das Ergebnis einer bewußten Anstrengung sei. Ohne die Bereitschaft zu programmatischer „Zwischenlösung“, zum Offenlassen wichtiger Fragen wäre das Zusammenkommen von GIM und KPD nicht möglich gewesen. Der neugewonnene organisatorische und praktische Zusammenhang wäre jedoch die beste und einzige Möglichkeit, diese ausstehenden Fragen zu klären und zugleich ein großer Fortschritt gegenüber dem Weiterbestehen als getrennte Organisationen. Horst Dieter Koch wünschte sich und den Mitgliedern der beiden Organisationen, daß sich die Stärken der jeweiligen „Partner“ ergänzen würden und durch die Vereinigung allzusehr ausgelatschte Pfade in beiden Organisationen neu belebt werden.

Die Beratungen über die „Grundlagen“ der Vereinigung von GIM und KPD — über Programm, Statut, Selbstverständnis und Vereinbarungen zur Vierten Internationale — waren der Abschluß einer fast zweijährigen Diskussion auf allen Ebenen der beiden Organisationen. Die vom Sonderparteitag der KPD und der Außerordentlichen Konferenz der GIM angenommenen Entwürfe wurden dabei nur geringfügig geändert.

Zum Programmentwurf gab es zwar zahlreiche Änderungsanträge, aber neben einigen eher stilistischen Änderungen wurde lediglich ein Änderungsantrag mehrheitlich angenommen, der die Beziehungen des westdeutschen Imperialismus zu den abhängigen Ländern und die Notwendigkeit einer neuen Weltwirtschaftsordnung präzisiert. Der Gesamttext des Programms wurde ohne Gegenstimme und bei zwei Enthaltungen angenommen.

Auch zum Statutentwurf gab es mehrere Abänderungsanträge. Im Mittelpunkt der Diskussion standen dabei Regelungen, die die Rechte der Frauen in der Organisation stärken. Das neue Statut räumt den Frauen das Recht auf eigene Frauenversammlungen ein, die in allen Fragen der Frauenpolitik, ein Veto-Recht haben. Außerdem erklärt es Gewalt gegen Frauen als unvereinbar mit den Normen der Organisation. Weitere Änderungen an den zur Abstimmung stehenden Statuten — die bereits in einer Broschüre mit den übrigen Texten veröffentlicht wurden — führen einen internen Mitgliederrundbrief ein und legen die Finanzverantwortung in die Hände der Parteidelegiertenkonferenz. Das Statut wurde bei drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen angenommen.

Die Resolution zum Selbstverständnis stieß auf den geringsten Diskussionsbedarf. Mit nur einer kleinen redaktionellen Änderung wurde sie angenommen. Es gab eine Gegenstimme und acht Enthaltungen. Die Vereinbarungen zur Vierten Internationale wurden in der vorgelegten Fassung bei fünf Gegenstimmen und acht Enthaltungen gebilligt.

Zum Abschluß der Beratungen über die „Grundlagentexte“ stand eine Resolution zur formellen Vereinigung von GIM und KPD zur Abstimmung. Sie wurde ohne Gegenstimme und ohne Enthaltungen von den Delegierten angenommen. Der Abschluß der Vereinigung von GIM und KPD war damit vollzogen.

Als erste Beratung der vereinigten Organisation standen der Name der neuen Partei und der Name der gemeinsamen Zeitung an. Für die Zeitung lagen nach einhelliger Auffassung der Delegierten nur phantasielose Vorschläge vor. Zu viele gängige Namen sind bereits durch andere Publikationsorgane belegt. In die „Endausscheidung“ kamen schließlich die Vorschläge „Komma — Kommunistisches Magazin“, „Die Rote“, „Sozialistische Rundschau“, „Sozialistische Politik“ und „Sozialistische Zeitung“. Bei der Endabstimmung setzte sich der Vorschlag „Sozialistische Zeitung“ gegenüber „Sozialistischer Politik“ durch. Der Name der neuen, gemeinsamen Zeitung wird also „Sozialistische Zeitung“ sein.

Sehr viel Zeit nahm sich die Konferenz zur Diskussion über den Namen der neuen Organisation. Fast dreißig Vorschläge lagen dafür bereit. Nach zwei Vorabstimmungen blieben fünf Vorschläge für die nähere Auswahl übrig: Sozialistische Arbeiter und Arbeiterinnenpartei (SAP), Revolutionär Sozialistische Partei (RSP), Kommunistische Vereinigung — KPD/GIM, Vereinigte Sozialistische Partei und Demokratische Kommunistinnen und Kommunisten. Nach nochmaliger Diskussion und Abstimmung blieben die beiden Vorschläge RSP und VSP übrig. In der abschließenden Endabstimmung stimmten 65 Delegierte für RSP und 84 für VSP. Der Name der neugegründeten Organisation war gefunden: Vereinigte Sozialistische Partei (VSP). Auch wenn eine größere Anzahl ehemaliger GIM-Mitglieder als die der ehemaligen KPD für den Vorschlag VSP stimmten, so waren sich die Delegierten einig, daß dieser Vorschlag kein fauler Kompromiß war, sondern den Willen einer großen Mehrheit der Konferenz ausdrückte.

Der zweite Tag der Konferenz stand bereits im Zeichen der aktuellen Politik der VSP. Zunächst wurde über die nächsten Aufgaben der Partei diskutiert. Das von den Leitungen von GIM und KPD vorgelegte Papier zu den nächsten Aufgaben wurde mit sieben Gegenstimmen angenommen. Zuvor erhielten geringfügige Änderungsanträge eine Mehrheit.

Zum Tagesordnungspunkt „Bundestagswahlen“ lagen mehrere Anträge vor. Einig waren sich die Delegierten darin, daß im Zentrum der politischen Anstrengungen im „Wahlkampf“ die Ablösung der CDU/FDP-Wende-Regierung stehen muß. Wichtigstes Mittel dabei sind eigenständige Mobilisierungen der Gewerkschafts- und der übrigen sozialen Bewegungen. Nur durch sie — das hat die Erfahrung gezeigt — ist sowohl die Regierung unter Druck zu setzen als auch die SPD politisch beeinflußbar. Umstritten blieb auf der Konferenz die Bedeutung eines Wahlaufrufs. Eine rund fünfzehnprozentige Minderheit (25 Delegierte) traten für einen Wahlaufruf zugunsten der Grünen ein. Sie argumentierten, daß die Präsenz der Grünen im Parlament — vor allem unter Bedingungen einer numerischen Mehrheit mit der SPD — die SPD unter den Druck setzen würde, mit den Grünen eine Regierung zu bilden, oder sich von den Grünen als Minderheitsregierung stützen zu lassen. Demgegenüber vertraten die meisten Delegierten die Auffassung, daß eine rot-grüne Mehrheit allein noch nichts verändern würde, sondern daß lediglich die außerparlamentarischen Mobilisierungen entscheidend wären für den Gang der kommenden Politik. De VSP müsse sich deshalb vorrangig darauf orientieren. Auf der Ebene des Wahlaufrufs vertraten diese Delegierten die Meinung, ein „negativer“ Aufruf „Keine Stimme den Wendeparteien“ würde völlig ausreichen. Die Gefahr einer opportunistischen Nachtrabpolitik gegenüber SPD und Grünen ist dadurch verringert.

Lediglich ein Delegierter votierte für einen Wahlaufruf zugunsten der SPD. In der abschließenden Abstimmung erhielt der Antrag der Leitungen von GIM und KPD eine Große Mehrheit. Der Gesamtvorlage (Wahlaufruf und Aufgaben zur Wahl) gaben lediglich 12 Delegierte nur eine Gegenstimme, 9 weitere erhielten sich der Stimme.

Zum Abschluß der Gründungskonferenz der VSP entschieden die Delegierten über den Haushalt der nächsten Periode und legten eine Beitragsstaffel fest. Letztlich wurde ein 32-köpfiges Zentralkomitee — die Hälfte davon Frauen — als neue bundesweite Leitung gewählt.

Nicht nur auf dem samstäglichen „Parteifest“, sondern durch den gesamten Verlauf der Gründungskonferenz herrschte eine ausgezeichnete Stimmung. Alle Delegierten waren sich der Bedeutung des Tages bewußt: In Zeiten, wo sich andere linke, sozialistische Organisationen auflösen, ist der Zusammenschluß von GIM und KPD, die sichtbare Überwindung sektiererischer Beschränktheit, eine aufbauende und beispielgebende Ausnahme. Auch wenn die VSP weiterhin eine kleine sozialistische Gruppe bleiben wird, sie hat gezeigt, wie innerhalb des Einigungsprozesses der Linken qualitative Sprünge zu erreichen sind, ohne die der Aufbau einer wirklichen sozialistischen Massenpartei niemals gelingen wird.

Beschlossene Programm- bzw. Statutänderungen:

Auf Seite 9 des Programms, 2. Spalte, nach dem 5. Absatz wird folgender Text eingefügt:

„Die Aufhebung der imperialistischen Beziehungen des westdeutschen Kapitals zu den halbkolonialen Ländern ist eine zentrale Aufgabe der westdeutschen Revolution. Das bedeutet: Annullierung aller Schulden von halbkolonialen Ländern, Übergabe von Eigentum des westdeutschen Kapitals in diesen Ländern an die jeweilige Nation, tatkräftige materielle Hilfe beim Aufbau der halbkolonialen Länder — kurz ein Beitrag zur Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung.“

In die Organisationsprinzipien des Statuts werden folgende Absätze eingefügt:

Neuer Punkt 2.1:

Ohne die Gleichbehandlung der Frauen in der Partei ist die kommunistische Organisation nach innen und außen nicht in der Lage, sich glaubwürdig für die Frauenbefreiung einzusetzen. Daher ist es unter heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen notwendig, die politische Arbeit der Frauen besonders zu fördern und ihnen möglichst optimale innerorganisatorische Bedingungen zu schaffen. Gewalt gegen Frauen ist hiermit unvereinbar.

2.6:

Den Frauen der Organisation muß ermöglicht werden, sich bei Bedarf auf allen Ebenen zur Frauenmitgliederversammlungen zusammenzufinden.

2.7:

Diese Frauen-Mitgliederversammlungen haben Vetorecht gegenüber Beschlüssen zur Frauenpolitik auf den entsprechenden Ebenen. Diese Frauen-Mitgliederversammlungen sind beschlußfähig, wenn mindestens 50 Prozent der weiblichen Mitglieder der entsprechenden Gliederung anwesend sind.

Kapitel „7. Parteiaufbau“, Abschnitt „Die zentrale Schiedskommission“ neuer 2. Absatz:

„Die Zentrale Schiedskommission entscheidet bei Parteiverfahren gemäß der von der Delegiertenkonferenz beschlossenen Schiedsordnung. Gegen ihre Entscheidungen kann die Delegiertenkonferenz angerufen werden.“

JUHUU!!! SIE HABEN'S GESCHNALLT!

GIM und KPD aufgelöst, die Vereinigte Sozialistische Partei gegründet. So knapp läßt sich zusammenfassen, was nach fast zweijährigen gemeinsamen Anstrengungen von GIM und KPD am 4./5. Oktober endlich Realität wurde: die Vereinigung beider Organisationen als hoffentlich erster Schritt zur Überwindung der Zersplitterung der sozialistischen Linken.



Nachlese zum Vereinigungskongreß

von HORST DIETER KOCH

Eine Nachlese zum Vereinigungskongreß von GIM und KPD bzw. zur Gründungskonferenz der Vereinigten Sozialistischen Partei kann eigentlich nur mit dem Naheliegendsten beginnen: GIM und KPD haben sich am 4./5. Oktober tatsächlich vereinigt. Die nackte Nachricht ist in diesem Fall auch schon die wichtigste politische Botschaft.

Sicher ist kein halbwegs informierter Mensch mehr davon ausgegangen, daß die Dortmunder Delegiertenkonferenz sich **gegen** die Vereinigung aussprechen würde, nachdem die Musik schon seit Monaten bestellt war. Erfreulicherweise aber war die Vereinigungskonferenz alles in allem doch mehr als nur politische Pflichtübung zum formalen Vollzug längst im Vorfeld getroffener Entscheidungen.

Obwohl es zwangsläufig so war, daß die Fülle der für die Vereinigung unverzichtbaren Tagesordnungspunkte zu Lasten lebendiger aktueller politischer Auseinandersetzung ging, war die Versammlung doch souverän genug, sich die Diskussion strittiger Fragen zu erlauben. Gerade diese Diskussionen zeigten, daß Fragen wie die Wahlaussage oder das gewerkschaftspolitische Vorgehen sich keineswegs als kontroverse Punkte zwischen GIM und KPD darstellten, sondern auch innerhalb der beiden Ex-Organisationen strittig waren, so daß die Debatte dieser Fragen schon als Auseinandersetzung innerhalb der Vereinigten Sozialistischen Partei erlebt werden konnte.

Daß die Delegierten Anträge zu den Dokumenten, die die Vereinigungsgrundlagen darstellten, überwiegend ablehnten, war sicher kein Ausdruck von mangelnder Diskussionsbereitschaft, sondern nach fast zweijähriger Diskussion dieser Fragen resultierte die überwiegende Ablehnung dieser Anträge aus dem richtigen Verständnis dafür, daß die Vereinigung nur möglich war, wenn die in beiden Organisationen diskutierten und abgestimmten Grundlagendokumente in der Substanz unberührt blieben.

Über dergleichen mag man spötteln. Man kann auch einen Makel der Vereinigungskonferenz darin sehen, daß es verschiedenfarbige Stimmkarten gab, um das Abstimmverhalten von GIM und KPD gesondert feststellen zu können, daß die Delegierten von GIM und KPD in getrennter Wahl jeweils ihre Vertreter/-innen in das ZK der VSP wählten usw. Ich glaube, daß in diesen Vorgehensweisen sich eine gehörige Portion praktischer Vernunft ausdrückt, ohne die es die VSP heute schwerlich geben würde. Es nützt ja nichts, so zu tun, als gebe es neben dem Wunsch nach Einheit nicht auch noch gegenseitiges Mißtrauen, als gebe es nicht auch die Sorge, man könne vom geliebten Partner über den Tisch gezogen werden. Zum Erfolg der Vereinigungsbestrebungen von GIM und KPD gehört nach meiner Überzeugung, daß wir anerkannt haben, daß es unterschwellig derartige Empfindlichkeiten und Besorgnisse gibt, daß wir uns nicht der Illusion hingegeben haben, wir könnten uns über Nacht davon freimachen und stattdessen nach Methoden der Entscheidungsfindung gesucht haben, die möglichst wenig Ansatzpunkte zur Mobilisierung von gegenseitigem Mißtrauen boten.

Von großer Bedeutung war dies sicher für die Lösung der emotional befrachteten Namensfrage. Die Konferenz hat den schlimmsten aller denkbaren Fehler vermieden: Sie hat sich nicht so weit polarisiert, daß eine positive Entscheidung unmöglich geworden wäre. Darüber muß man froh sein, auch wenn man, wie ich, den beschlossenen Namen für unglücklich hält. Alles in allem war auch die Entscheidung dieser Frage nur möglich auf der Grundlage, daß der Vereinigung selbst uneingeschränkte Vorfahrt eingeräumt wurde.

In bescheidenem Umfang hat die Vereinigung von GIM und KPD durchaus Diskussionen in der revolutionären Linken ausgelöst. Viele haben seit Beginn der Vereinigungsbestrebungen von GIM und KPD damit argumentiert, daß es hierzulande in der Vergangenheit schon eine Reihe von „Vereinigungsprojekten" gegeben habe, deren Resultat aber nicht Vereinigung, sondern Vertiefung der Spaltungslinien und verschärfte Rivalität waren.

Wir räumen ein, daß eine so begründete Skepsis keineswegs unverständlich war. Nun aber ist die Vereinigung von GIM und KPD von der Absichtserklärung zur Tatsache geworden. Nach allen Regeln argumentativer Redlichkeit müßte dies für einige Anlaß sein, ihre Position noch einmal zu überdenken.

Wir wollen uns aber vor unzulässiger Vereinfachung hüten: eine skeptische Haltung läßt sich weiterhin begründen. Auch nach der erfolgten Vereinigung und der Gründung der VSP behalten **wir** die Beweislast dafür, daß der von GIM und KPD beschrittene Weg tatsächlich realistisch ist. Wir müssen beweisen, daß die im wesentlichen programmatisch begründete Vereinigung auch tatsächlich zu einer politik- und handlungsfähigen revolutionären Partei führt. Mein Eindruck ist, daß der Vereinigungskongreß keinen Anlaß geboten hat zu glauben, daß die VSP diese Problematik nicht sieht. Es hat bei aller Freude über die Vereinigung keine falsche Euphorie gegeben und es wurden mit der Vereinigung keine unrealistischen Erwartungen verknüpft.

Aber — bei aller gebotenen revolutionären Sachlichkeit unsererseits — beanspruchen wir natürlich, mit der Vereinigung von GIM und KPD ein Signal gesetzt zu haben. Die heutigen Mitglieder der VSP haben ihre durchaus liebenswerten Ex-Organisationen nicht in Frage gestellt und aufgelöst, ohne in gleicher Weise die Existenz aller anderen revolutionären Organisationen in Frage zu stellen und die Vereinigung aller revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten in einer Partei zu fordern.

In diesem Sinne Herausforderung für die revolutionäre Linke zu sein, gehört zur politischen Konzeption der VSP. Die nicht unerheblichen Anstrengungen, die uns der Vereinigungsprozeß gekostet hat, finden vor allem in diesem qualitativen Anspruch und in dieser Perspektive ihre Begründung. Wir verschweigen diesen ambitionierten Anspruch nicht, aber niemand muß nach dem Verlauf des Vereinigungskongresses fürchten, daß wir mit idealistischem Sendungsbewußtsein diesen Anspruch als wehendes Banner vor uns her tragen. Die VSP wird es vorziehen, ihm in Verbindung mit konkreten politischen Initiativen Nachdruck zu verleihen.

Die VSP wird bei Strafe ihres Scheiterns gezwungen sein, auf allen Gebieten ihrer politischen Tätigkeit die unterschiedlichen politischen Positionen möglichst vorurteilsfrei zu diskutieren und zu analysieren, um zu einer gemeinsamen Haltung zu finden. Sie kann nicht anders arbeiten, weil ihr der Weg, zunächst einmal von einer gemeinsamen historisch tradierten Beurteilungsweise bestimmter Fragestellungen auszugehen, in den meisten Fällen versperrt sein wird; denn beide Vorläuferorganisationen der VSP stehen in einer unterschiedlichen politischen Traditionslinie.

Viele meinen, dies sei die Schwäche unserer neuen Partei. In den Ex-Organisationen GIM und KPD ist hingegen jeweils eine sehr große Mehrheit zu der Überzeugung gekommen, daß die im Vereinigungsprozeß erarbeitete Programmatik eine ausreichende Grundlage für die Einheit unserer neuen Partei darstellt, daß es andererseits auch im Interesse der notwendigen politischen Offenheit und Integrationsfähigkeit wünschenswert ist, daß die Einheit der Partei sich stärker auf die programmatischen Grundauffassungen und Ziele bezieht und weniger auf die „Linie" zu allen aktuellen Fragen des Klassenkampfes.

Problemlos wird sich in der VSP ein richtiges Verständnis von offener politischer Diskussion und gemeinsamem Handeln sicher nicht herausbilden. Aber GIM und KPD haben sich ja auch in der Vergangenheit schon seit längerem um die Erarbeitung gemeinsamer politischer Positionen bemüht und in der Regel ein Maß an Einheit erreicht, das zum gemeinsamen Handeln befähigte. Warum das nun in **einer** Partei nicht wesentlich einfacher sein sollte, ist schwer erkennbar. Natürlich haben GIM und KPD dabei immer unter dem sanften Druck des Vereinigungsprozesses gestanden. Schließlich wäre es unhaltbar gewesen, wenn GIM und KPD einerseits die Vereinigung vorbereitet hätten, andererseits sich als unfähig zum gemeinsamen politischen Handeln erwiesen hätten.

Dieser sanfte erzieherische Druck zur Einheit wird in der VSP sicher allgegenwärtig sein. Jedem Mitglied der VSP dürfte klar sein, daß ein leichtfertig verursachtes Scheitern der VSP nicht einfach einen Rückfall in den gerade aufgegebenen Status quo bedeuten, sondern einen sehr viel tieferen Sturz nach sich ziehen würde. Darauf zu verweisen, hat nichts mit Schwarzmalerei zu tun, ich bin im Gegenteil bezüglich der Zukunft der VSP äußerst optimistisch. Aber es ist ein Plädoyer dafür, die Energie, die wir absehbar auf die Frage der Politikfähigkeit gegenüber dem reformistischen Lager, den Grünen usw. verwenden werden, auch für die Herstellung innerparteilicher Politikfähigkeit aufzubringen. Die Vereinigungskonferenz scheint mir auch in dieser Hinsicht ein guter Anfang gewesen zu sein.

Spendenkampagne für VSP

Konto: W. Wolf, Postgiroamt Frankfurt/M. Kto-Nr.: 296 759-608

Hans-Günther M., Mettmann 20,—, GIM Karlsruhe 50,—, Ernst Sch., Augsburg 50,—, mehrere Förderer GIM 1040,—, Ulrich P., Berlin 25,—, Peter Sch., Frankfurt 1000,—, Georg G., Lahr 20,—, Arnold Z., Berlin 20,—, Lydia Sch., Appetshofen 10,—, Ralf C., Lingen 80,—, Johannes Z., Schwendi 30,—, Michael P., Versmold 40,—, Carl P., Jembke 10,—, Hans-Günther M., Mettmann 23,50, Heinz W., Speyer 100,—, GIM Hameln 120,—, Tobias M., Oberhausen 250,—, Eberhard L., Mainz 100,—, Thomas Sch., Münster 25,—, Matthias L., Neunkirchen 10,—, Hermann Sch., Calw 20,—, Martin D., Wallenhorst 100,—, Justus M., Bielefeld 50,—, Thomas K., Köln 100,—, Auflösung altes Konto GIM 211,87, Walter H., Oberhausen 50,—, M. M., Hamburg 100,—, Hans-Günther M., Mettmann 25,—, Adolf Sch., Mannheim 20,—, Heinz H., Berlin 200,—, Detlef v. S., Pforzheim 15,—, Lutz K., Weddingstadt 100,—, Willy B., Weinheim 50,—, Jörn K., Braunschweig 120,—, Thomas K., Köln 200,—, Brigitte R., Hamburg 300,—, GIM Osnabrück 200,—, Michael Sch., Erlensee 30,—, Siegfried M. Oberhausen 500,—, Reinhard St., Osnabrück 20,—, Solveig Sch., Berlin 70,—, Jakob M., Frankfurt 5000,—, R. F., BEnsheim 100,—, Katrin L., Hamburg 100,—, Hans R., Baienfurt 100,—, Arnold S., Wiesbaden 50,—, G. P., Köln 36,—, Christoph J., Köln 40,—, Spendensammlung Vereinigungskongreß 2517,—,

Spendenstand am 13. 10. 86: 13 448,37 DM



Ein Erfolg der Friedensbewegung

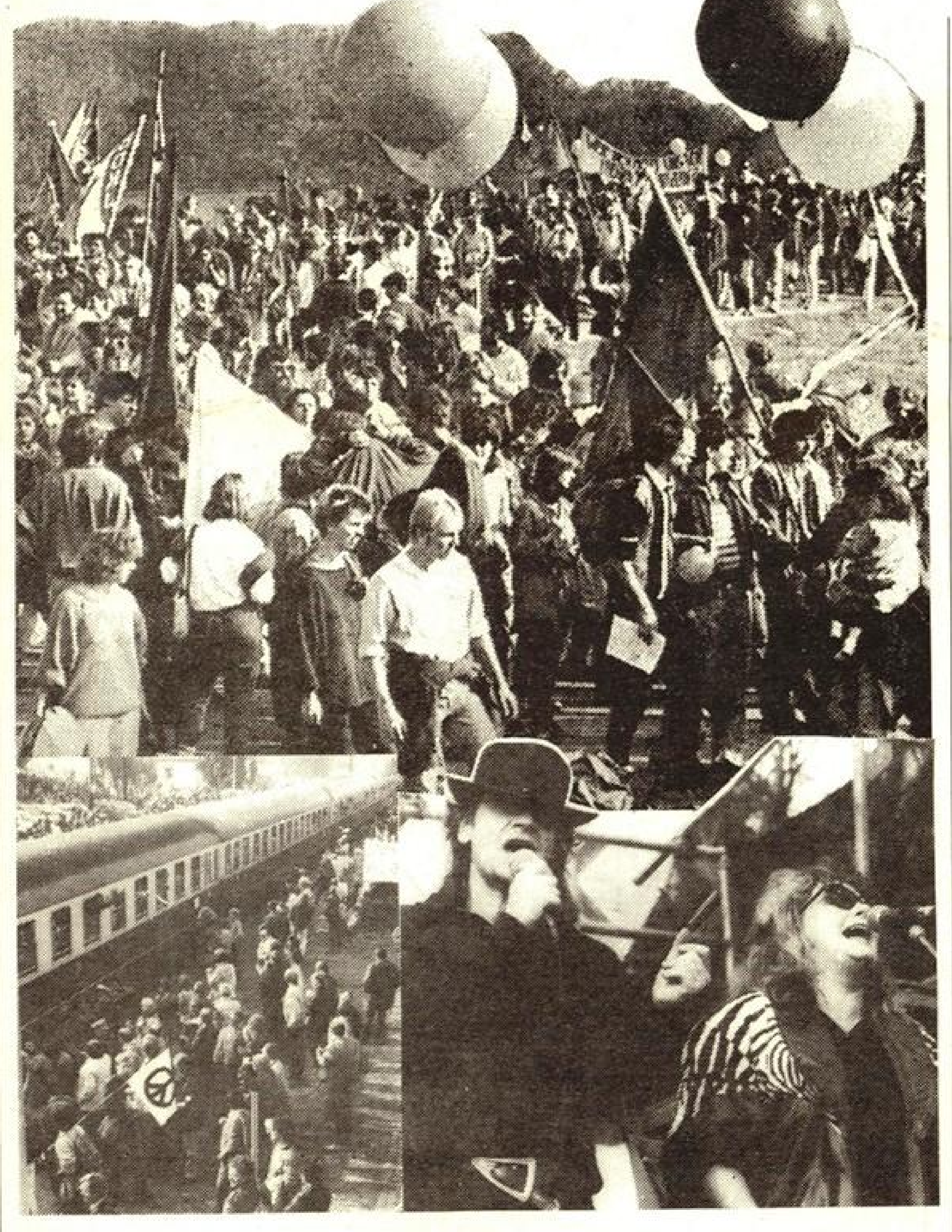
von HORST DIETER KOCH

Zum Glück gibt es auch Fragen, die sich unstrittig anhand der Praxis beantworten lassen. Zum Beispiel die: Geht's mit der Friedensbewegung unaufhaltsam bergab, ist sie gar so gut wie tot?

Antwort nach Hasselbach: Mitnichten. Statt der allseits erwarteten 50000 kamen nach Auskunft der Organisatoren an die 180000 in den Hunsrück. Auffällig viele aus dem Gewerkschaftslager, dem sozialdemokratischen Spektrum, aus der christlichen Friedensbewegung.

Nur an dem schönen Wetter hat es sicher nicht gelegen. Am Bahnhof in Kastellaun wurde jeder eintreffende Sonderzug bejubelt wie der Siegtreffer in einem Fußballendspiel. Die Behauptung sei gewagt: viele sind gerade in der Absicht nach Hasselbach gekommen, nicht nur gegen die Stationierung der Cruise missiles, sondern auch gegen das Gerede vom Niedergang der Friedensbewegung zu demonstrieren.

Der Zufall hatte es so gefügt, daß die große Friedensdemonstration im Hunsrück stattfand, als in Reykjavik Gorbatschow und Reagan zur ersten Gesprächsrunde zusammentrafen. Viele Transparente bezogen sich auf diese Treffen. Insbesondere die Forderung nach einem Atomtest-Stopp war massiv vertreten. Andererseits ist es vielleicht gerade bemerkenswert, daß so unerwartet viele Menschen im Hunsrück demonstrierten, obwohl der Supergipfel in Island stattfand. Das zeigt wohl, daß das Gefühl dafür, daß bloße Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR nichts bewegen werden, sehr verbreitet ist. Die fast 200000, die in den Hunsrück kamen (mit 2000 Bussen, 6 Sonderzügen und zahllosen Pkws), teilten offensichtlich die in der Hunsrücker Erklärung der Friedensbewegung in Bezug auf das Treffen in Reykjavik formulierte Auffassung, daß man „keine begründete Hoffnung auf einen Durchbruch in Richtung Abrüstung" habe.



Ganz wichtig für die außerordentlich gute Stimmung auf dieser größten Demonstration der Friedensbewegung außerhalb Bonns war, daß ganz offensichtlich die Bevölkerung der Region überwiegend mit den Zielen der Demonstration sympathisierte und die massenhafte Invasion aus allen Teilen der Bundesrepublik als Unterstützung ihres Kampfes begriff. Das dokumentierten nicht nur die vielen Friedenstauben, die die Fenster der an der Demonstrationsroute liegenden Häuser zierten, das brachten nicht nur die Gemeindevertreter auf der Kundgebung zum Ausdruck, das drückt sich vor allem in einer Zahl aus: von den 80000 Bewohnern des Rhein-Hunsrück-Kreises nahmen nach Schätzungen der Polizei rund 10000 an der Demonstration teil.

Sicher gibt es viele Argumente für Demonstrationen in Bonn statt in der Provinz. Die unmittelbare Betroffenheit der Bevölkerung in Hasselbach und Umgebung allerdings trifft man in Bonn so gewiß nicht an. Sie war ein wesentliches Element dieser Großaktion der Friedensbewegung.

Noch etwas sprach diesmal für die Aktion „vor Ort": die eigens um das Stationierungsgelände errichtete, vier Kilometer lange Betonmauer (Baubeginn 13. August 1986) lieferte inklusive NATO-Stacheldraht einen politischen Anschauungsunterricht eigener Art. Am Haupteingang ein aufklärender Hinweis: „Von hier aus werden wir am Tag X einen großen Teil der Menschheit vernichten. Wir danken für ihre stillschweigende Zustimmung."

Zustimmung — auch keine stillschweigende — gab's an diesem Tag für die Stationierer im Hunsrück nicht. Im Gegenteil: In Rekordzeit war die Mauer auf der gesamten Strecke mit Protestparolen eingesprüht. Der Großteil der Demonstranten konnte sich jedenfalls den stundenlangen Vorbeimarsch an der Hasselbacher Mauer schon durch die Lektüre der Graffitis kurzweilig gestalten.

Friedlich ging's zu im Hunsrück. Das Verdienst dafür heftete sich stellvertretend für die Polizei der rheinland-pfälzische Innenminister Böckmann ans Jackett. Seiner Auffassung nach hat das „kooperative Einsatzkonzept" der Polizei entscheidend zum friedlichen Verlauf der Polizei beigetragen. Das „kooperative Einsatzkonzept" bestand vor allem darin, daß die Demonstranten die ca. 5000 in Reserve stehenden Polizisten gar nicht zu Gesicht bekamen. Daß so etwas einen „friedlichen Verlauf" begünstigt, hatten wir eigentlich schon vor Erfindung des „kooperativen Einsatzkonzepts" vermutet. Ansonsten verteilten junge, freundliche Polizisten 40000 Flugblätter und Aufkleber, auf denen blumenumrankt Schlagstock und Zwille abgebildet waren. Festzuhalten bleibt: wenn es an diesem Tag keinen einzigen Polizisten in Hasselbach und Umgebung gegeben hätte, hätte die Demonstration kaum friedlicher verlaufen können.

Andreas Zumach bewertete die Aktion als Sprecher des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung (KA) als „riesigen Erfolg". Er stellt klar, daß sie „nicht etwa eine Abschlußaktion, sondern der Auftakt zu weiteren Maßnahmen" sein sollte. Unter anderem sind ab dem 22. November in Hasselbach Blockadeaktionen geplant.

Je nichtssagender desto mehrheitsfähiger

Nachbetrachtungen zur Bundesversammlung der Grünen

Die Bundesversammlung der Grünen vom 26. - 29. September in Nürnberg hat dem und der interessierten Beobachter/in einige aufschlußreiche Erkenntnisse über den Zustand der Partei der Grünen ermöglicht. Die vorzeigbaren Ergebnisse der Versammlung sind demgegenüber eher mager ausgefallen. Das vielgepriesene „Umbauprogramm" wurde zwar abgestimmt, die Uneinigkeiten über die „Präambel" sind jedoch unausgeräumt. Das Programm selbst gilt als Richtschnur der Tätigkeit der kommenden Bundestagsfraktion. Aus den Erfahrungen z. B. mit Beschlüssen der SPD-Parteitage ist bekannt, daß solche Entscheidungen Beerdigungen zweiter Klasse entsprechen.

von THIES GLEISS

Den Frauen der Partei sind einige in Nürnberg abgesegnete Statutänderungen gewidmet. Als wichtigste Errungenschaft haben sie nun ein Vetorecht in allen ihre Belange berührenden Diskussionen. In einer längeren Debatte um die gegenwärtigen Asylrechtsverschärfungen ergriffen die meisten Delegierten und Redner/innen zwar uneingeschränkt Partei für die Flüchtlinge und gegen jede Verschärfung der Asylrechtspraxis, in der Entwicklung genauerer Handlungsperspektiven, Ideen, wie die Bewegung gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus aufgebaut werden kann, sind die Grünen jedoch ziemlich ratlos. Daß sie sich darin nicht sehr von vielen anderen Linken (aus kleineren Gruppen und Organisationen) unterscheiden, ist sicherlich keine Entschuldigung. Im Mittelpunkt der Nürnberger Versammlung stand die Diskussion über die „Aussage zur Bundestagswahl 1987", also der Streit um die beste parlamentarische Taktik. Ihr wollen wir uns an dieser Stelle etwas ausführlicher widmen.

Taktiker und Überzeugungstäter

Der Tagesordnungspunkt „Aussage zur Bundestagwahl" wurde durch nicht weniger als 27 Anträge vorbereitet, wovon die meisten sich unmittelbar auf die Aussagen der Grünen im Falle einer numerischen Parlamentsmehrheit mit der SPD bezogen. Anträge, Antragsteller und auch die Wortbeiträge auf der Versammlung (es gab 250 Wortmeldungen, wovon 19 tatsächlich reden konnten) ließen sich in zwei Gruppen aufteilen: die Taktiker und die Überzeugungstäter. Die ersteren sind sich mehr oder weniger darüber bewußt, wie beschränkt die Möglichkeiten der Parlamentsarbeit im Sinne einer grundlegenden Gesellschaftsveränderung sind. Ebenso wissen sie, daß diese Möglichkeiten nur verbessert werden, wenn im breiten Lager der Opposition das Kräfteverhältnis zwischen Sozialdemokratie (immerhin 16 Millionen Wählerstimmen und fast 1 Million Organisierte) und den radikaleren Kräften (die Grünen und die „Linke" allgemein) entscheidend zugunsten der Linken verändert werden. Deshalb sind ihre Vorschläge zur Wahlaussage bis ins Detail taktisch bestimmt. Sie wollen die SPD unter Druck setzen, wollen sie „entlarven" als Bremsklotz der Gesellschaftsveränderung und sich gleichzeitig die notwendige Unabhängigkeit für radikalere Politik erhalten.

Die „Überzeugungstäter" haben geringere Probleme. Sie bekennen sich uneingeschränkt zur Politik der kleinen Schritte und zur parlamentarischen Realpolitik. Deshalb wollen sie möglichst „wählerwirksam" zur Wahl auftreten, und weil sie wissen, daß Parlamentsarbeit mit Parlamentsmehrheiten und mit Regierungspolitik zu tun hat, sind sie offen, wenn nicht gar ausdrücklich darauf fixiert, für eine Koalition mit der SPD.

Etwas verloren bei diesem inner-Grünen Kräftespiel — und auch auf der Nürnberger Versammlung — sind die „Grün-Fundamentalisten". Sie meinen, sich um die SPD nicht kümmern zu müssen und beschränken ihren Wahlkampf auf die Verkündung „grüner Radikalität" — die hier noch oft voller seltsamster „ökologistischer Mythen" und grüner Originalität jenseits der wirklichen gesellschaftlichen Kräfte und Probleme ist.

Die verschiedenen Gruppierungen in den Grünen haben sich eigentlich nichts mehr zu sagen. Wer die scharfzüngigen Polemiken (sensiblere Ohren würden sogar sagen Pöbeleien) eines Michael Stamm gegen Joschka Fischer, oder eines Thomas Ebermann gegen Hubert Kleinert in Nürnberg gehört hat, wer die mißtrauische Schlacht mit Geschäftsordnungsanträgen erlebt hat, wird dem sofort zustimmen. Nur: die inner-Grünen Flügel müssen sich leider noch etwas sagen. Jeder weiß, daß die Einheit der Partei das heiligste Tabu ist. Nur so ist die parlamentarische 5-Prozent-Hürde zu nehmen. Die Flügel brauchen sich immer noch gegenseitig zum Flattern in Bonn. Deshalb geriet es in Nürnberg fast zur Standardfloskel aller Antragsteller, daß ihr jeweiliger Antrag ausdrücklich ein „Kompromißantrag" zur Wahrung der Einheit der Partei sei. Bei über zwanzig „Kompromißanträgen" wird die Debatte schnell vom Dunst der Unaufrichtigkeit eingehüllt und je später der Abend (in Nürnberg wurde es fast Mitternacht bis zur letzten Abstimmung) ereilt sie ein vierfaches Los: lust-, kopf-, ziel- und vor allem endlos. Und die Gänge, Infotische und Getränkestände am Rande der Frankenhalle reichen kaum aus, um die „wahre Politik" oder auch die Kompromisse der Kompromisse zu erörtern.

Was ist herausgekommen?

Wer in Nürnberg großen Beifall haben wollte, der oder die mußte klare und eindeutige Worte sprechen — egal aus welcher Richtung. Sprüche, die Grünen müßten endlich wieder zu sich selbst finden, dürften nicht immer auf die SPD starren und Beteiligung an einer SPD-Politik sei die Karikatur grüner Politik, bekam ebenso viel Applaus (und wohl auch aus denselben Händen) wie Sprüche, eine mit der SPD ausgehandelte Sicherheitsprüfung der AKWs sei tausendmal besser als radikales Ausstiegsgeschrei bis zum Ende des Jahrtausends usw.

Wer bei Abstimmungen aber eine mehrheit haben wollte, der oder die mußte möglichst Nichtssagendes zum Antrag stellen. So ist sie nun mal, die grüne Wirklichkeit 1986.

Alleiniger Sieger bei den Abstimmungen zur Wahlaussage blieb daher ein „Brief an unsere Wählerinnen und Wähler" von Antje Vollmer und mehreren nordrheinwestfälischen grünen „Prominenten". Alle anderen Anträge wurden deutlich abgelehnt. Der Brief aus NRW ist eine harmlos-pastorale Bitte an die Wählermassen, unbedingt wieder „grün" zu wählen, weil die Idee der Grünen Partei so gut, frisch und liebenswert ist. In den entscheidenden Fragen läßt er alles offen. Je nach Wahlausgang soll mit der SPD über die konkrete Politik geredet werden. Die vor und in Nürnberg bestimmenden Diskussionen über die Art und Weise eines Bündnisses mit der SPD gegen die Wende-Regierung werden dadurch also einmal mehr vertagt und verhüllt.

Das Frohlocken der Rechten und das Dilemma der Linken

Die Rechten in den Grünen, die Realos oder die eben erklärten Überzeugungstäter können das Ergebnis oder besser Nicht-Ergebnis von Nürnberg getrost als Sieg verbuchen. Wenn nichts festgelegt wird, läuft's halt alles seinen realen parlamentarischen Gang, und der entspricht nun mal genau ihrem Wollen.

Den Linken, den Ökosozialisten, den „Taktikern" wurde dagegen eins ausgewischt. Der Unmut von Rainer Trampert und Jutta Ditfurth aus dem Bundesvorstand über den Wahlbeschluß von Nürnberg ist verständlich. Gehörte es doch gerade zur Taktik der Linken, vor den Wahlen eine Aussage über die Zusammenarbeit mit der SPD zu machen. Sie wollten das berechtigte Masseninteresse, die rechte Kohl-Regierung zu stürzen, aufgreifen und trotzdem unabhängig von der SPD bleiben. Also mit der SPD gegen die CDU/FDP und gegen die SPD in der konkreten Politik in der Zukunft. Diese Rechnung ist in Nürnberg nicht aufgegangen. Der Hauptgrund dafür ist die mangelnde Einigkeit der Linken. Mindestens vier verschiedene und ausgeklügelte Taktiken zur Erreichung des gleichen Ziels wurden in Nürnberg angeboten. Wollten die einen eine SPD-Regierung unter harten Bedingungen (faktisch Übernahme der grünen Vorstellungen) tolerieren (Trampert, Ebermann), so sprachen sich die anderen für weiche Tolerierungsbedingungen aus (Ausstieg aus der Atomkraft, Abzug der Pershin II usw.). Wieder andere (Starnberger Kreis, Dieter Elken) wollten die SPD ohne Bedingungen in die Regierung wählen, um sie dann unbefangen als Minderheitsregierung kritisieren zu können. Aber, wie es mit Taktiken nun mal ist, müssen sie bis in die Einzelheiten stimmen. Eine Einigungsmöglichkeit mit anderen Taktiken ist also sehr eingeschränkt. So polemisierten die linken Grünen in Nürnberg munter gegeneinander und das Ganze immer noch mit dem Zusatz, Kompromisse anzubieten.

Und wie es mit Taktiken nun mal auch ist, gehen sie nur auf, wenn die Strategie, die umfassenden Ziele und Forderungen, nicht nur stimmig und realistisch ist, sondern auch von der gesamten Partei gewollt und von der Öffentlichkeit verstanden wird.

Diese Voraussetzung ist aber bei den Grünen heute überhaupt nicht gegeben. Über „die grundsätzlichen Themen, Einschätzung des Staates und des Charakters der Produktionsweise ist in den Grünen keine Einigung möglich", stellte Thomas Ebermann in Nürnberg zu Recht fest. So tobten sich die Linken denn auch durchweg wie die berühmten Feldherren ohne Truppen aus. Die öffentliche und veröffentlichte Meinung mißt die Grünen ohnehin nur an parlamentarischer Realpolitik.

So mußte Werner Hülsberg, der in Nürnberg die „linkeste" Taktik vertrat, die SPD ohne Bedingungen in die Regierung zu wählen und die Zustimmung zu ihrer Politik im konkreten Einzelfall abzuwägen, erleben, daß ihn die Tagesschau der ARD als glühenden Unterstützer einer Zusammenarbeit mit der SPD und damit als rechten Gegenpart von Petra Kelly präsentierte, die scharf gegen eine Regierungsbildung und für grüne Originalität eintrat. Aus der Sicht einer sozialistischen Zeitung mag mensch das Ergebnis von Nürnberg bedauern, allein der Zustand der Grünen ist nun einmal so. Die Grünen haben zwar viel getan, das Vertrauen in die kapitalistische Welt und das BRD-Wunderkind zu erschüttern; sie sind aber nicht in der Lage, diesen Vertrauensschwund bei den Massen in eine Strategie der grundsätzlichen Gesellschaftsveränderung zu verlängern.

Joschkas Spezialauftritt und die Demo in München



Eine Delikatesse besonderer Art war der Auftritt des hessischen Umweltministers und grünen Realpolitikers Joschka Fischer auf der Versammlung in Nürnberg. Bekanntlich hatte Fischer auf der letzten Bundesversammlung der Grünen in Hannover versprochen, daß in Hessen bis zum Jahresende der Ausstieg aus der Atomtechnologie begonnen werde, andernfalls platze die rotgrüne Koalition. Was ist aus dem Versprechen geworden? fragte ihn eine Mehrheit der Delegierten in Nürnberg. Joschka Fischer hob zu einer gewaltigen Rede an, in der er die Schwierigkeiten der Ausstiegsverhandlungen ausmalte. Konkret sei man an der Arbeit, eine Kommission zur Sicherheitsprüfung der Anlagen in Biblis zusammenzustellen. Diese Kommission werde im Oktober ihre Arbeit aufnehmen (obwohl bisher mehrere Mitglieder der Kommission wieder abgesprungen sind). Mehr konnte er nicht bieten. An ein Ende der Koalition dachte und denkt er aber nicht. Um in Joschkas eigenen Worten zu sprechen (die er noch als rebellischer Neuparlamentarier in Bonn bevorzugte): „Er ist als Löwe gesprungen und als Bettvorleger gelandet".

Eher traurig geriet die hitzige Debatte um die Beteiligung der Grünen an der Großdemonstration gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf am 4. Oktober in München. Ein Teil der bayerischen Grünen wollte zu dieser Demonstration aufrufen und mobilisieren. Ein anderer Teil distanzierte sich aus „wahltaktischen Gründen" von der Demonstration und rief teilweise zu alternativen Wochenendaktionen auf. Die Bundesversammlung in Nürnberg nahm den Antrag dieser Zauderer und Wählerstimmenrücksichtnehmer mit knapper Mehrheit an. Das außerparlamentarische Standbein, nichtsdestotrotz immer noch von vielen Rednern und Rednerinnen betont, wurde also kurzerhand amputiert, weil es dem parlamentarischen Spielbein zu lästig wurde. Daß daraufhin spontan einige vor allem Münchener Grüne ihren Austritt erklärten, ist zwar verständlich, ändert an der Wirklichkeit der Grünen 1986 aber nichts.

Thies Gleiss

Ausländerpolitik am Beispiel Flüchtlinge:

Bedrohen, bescheißen, isolieren, rausschmeißen

Oder: Die BRD hat das „Liberalste Asylrecht der Welt..."

Einreise



Ignorieren des Asylbegehrens durch den BGS.
Androhen von Gewalt, um sofortige Rückkehr zu erreichen, besonders angewendet gegenüber Frauen.

Antrag auf Asyl beim Ausländeramt



Asylbegehren durch Dolmetscher vorsätzlich falsch übersetzt, Antrag als „Nicht-Antrag" zu behandeln, sofortige Ausreise verlangt.
Unverständliche Rechtsberatung, um Klagefristen verstreichen zu lassen, Rechtsbelehrung in deutscher Sprache.
ED-Behandlung, Eingabe der Personalinformationen in Zentralcomputer NADIS, Köln.
Gesundheitsuntersuchung, bei Weigerung (Folterängste, moralische Tabus ...) Ausweisungsdrohung.

Zuweisung in Sammellager/Auffanglager

3. Station

Einweisung in Lager soll auch erfolgen, wenn andere Wohnmöglichkeiten (z. B. bei Verwandten) zur Verfügung stehen (soll nur 1/2 Jahr dauern, oft erstreckt sich Aufenthalt jedoch über Jahre, manches Mal bis zum Ende des Asylverfahrens).

Anhörung beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Zirndorf

Station 4.

Detailbefragung, Druck zur Denunziation, (Informationen über Personen und politische Strukturen im Untergrund werden an ausländische Geheimdienste weitergegeben).



Flüchtlingslager in Neuburg

Verteilung nach Quoten auf Länder und Gemeinden

5. Station

Keine Anhörung der Flüchtlinge (keine Rücksicht auf Familienzugehörigkeit, laufende Rechtsverfahren, persönliche Verpflichtungen u. ä.).
Asylantrag wird nach Richtlinien des zugewiesenen Bundeslandes neu verhandelt.
Bei Weigerung des Umzugs: Sofortige Streichung der Sozialhilfe (Verteilung erfolgt z. T. erst nach Monaten).

Melden beim Ausländeramt/Polizei

Station 6.

Bei laufenden Asylverfahren nur zeitlich befristete Aufenthaltsgestattung (Gestattung = Beschränkung der Bewegungsfreiheit auf jeweiligen Amtsbezirk).
Befristung willkürlich (nach „Ermessen" des Sachbearbeiters).
Erteilen, bzw. Verweigern der „Reise"-Erlaubnis, z. B. für Rechtsberatungen in einer anderen Stadt.
Überweisen ans Sozialamt, weil Arbeitsverbot: Zwei Jahre (für „Ostblock"-Flüchtlinge: 1 Jahr); in Baden-Württemberg gilt das Arbeitsverbot bis zur Beendigung des Asylverfahrens, also eventuell vier oder fünf Jahre).

Sozialamt

7. Station

Verweigert Sozialhilfe, wenn „Erschleichung" unterstellt werden kann (Bedürftigkeitsprüfung).

Streicht Sozialhilfe nach „Ermessen" zusammen (durchschnittlich: 20 bis 30 Prozent).
Ist angehalten, Leistungen in Form von Sachleistungen und Wertgutscheinen auszugeben.
Taschengeld zwischen 55 DM bis 85 DM.
Verweigert häufig einmalige Leistungen (Kleidergeld ...), Pflegegeld, Beihilfen ...
Verweigert Zahlung ärztlicher Hilfe, wenn Krankheit über den „vorübergehenden Aufenthalt" hinausreichend (Verweigerung von Sehhilfen, Zahnersatz, Behandlung von Folterfolgen, schwere Operationen).
Gibt Krankenscheine aus, die nur für einen oder wenige Tage gültig sind.
Verlangt Zwangsarbeit.
Seit '82: Keine Förderung für den Besuch von Sprachkursen mehr.

Folter durch das Khomeini-Regime am Körper eines Modjaheds

Hossein Dadkah wurde nach seiner Festnahme im Dezember 1982 durch das Khomeini-Regime brutal gefoltert, und schließlich ist es ihm gelungen, aus den Händen der Khomeini-Kräfte zu fliehen.



Iranische Folteropfer

Aufenthalt



1. Einweisung in Lager/„Gemeinschaftsunterkünfte".
Häufig in katastrophalem baulichen Zustand, defekte sanitäre Einrichtungen, mangelnde Müllbeseitigung u.ä.
Verweigerung ausreichender Toilettenartikel, oft kaum Waschmöglichkeiten.
Unzureichende Ernährung (z. B. mit ausrangierten Bundeswehrrationen, eine Untersuchung in Bayern ergab einen täglichen Verpflegungswert von 2,32 DM).
Lagerverwaltung üblicherweise in enger Kooperation mit Ausländeramt/Polizei, tägliche Anwesenheitsüberprüfung, kann Flüchtling bei Polizei abmelden und damit sofortige Streichung der Sozialhilfe bewirken, verfügt bzw. leitet Razzien der Polizei nach Untergetauchten, Drogenhandel, illegalem Handel (Lager Thiepval/Tübingen: 200 Razzien im ersten Jahr).
Heime häufig privat geführt: mehrfach Betrug an Essensrationen, Auszahlung des Taschengeldes u. ä. bekanntgeworden. Nach Schätzung der evangelischen Kirche sind 60 Prozent der Lagerinsassen behandlungsbedürftig psychisch erkrankt.

2. Zuweisung von Wohnraum
Kann nicht frei gewählt werden.
Sozialamt kann Umzug verweigern. (Auch hier gilt: es ist nur einfacher Wohnraum zur Verfügung zu stellen.)

3. Kinderbetreuung
Aufnahme in Kindergarten oft verweigert, Folge: Schulschwierigkeiten.
Aufnahme in Schule oft verweigert, wenn keine elterliche Aufenthaltserlaubnis vorliegt.

4. Arbeitsamt, Zuverdienst

Zuverdienen grundsätzlich verboten (z. B. durch künstl. Tätigkeit, Aushilfe u. ä.).
Nach zwei bis drei Jahren Duldung befristete Aufenthaltserlaubnis und damit Arbeitserlaubnis, allerdings nur, wenn in dieser Zeit Sozialhilfe nicht in Anspruch genommen werden mußte.
Nach Ablauf des Arbeitsverbots, Einstellung nur erlaubt, wenn Stelle drei Monate für deutsche und EG-Arbeitskräfte ausgeschrieben war und nicht besetzt werden konnte.

Rechtsweg des Aslyantrags

9. Station

Asyl nicht begründend ist alles, was auch hier erlaubt ist:
Verpflichtung zum Kriegsdienst, geschlechtliche Unterdrückung Unterdrückung nationaler Minderheiten, Folter bei Kriminalität (als kriminell gilt auch der Verstoß gegen das Kommunistenverbot), Maßnahmen, die der Staat zur Aufrechterhaltung seiner staatlichen Herrschaftssicherung anwenden muß.
Unverständlicher Rechtsweg, Rechtsmittelerläuterungen nur in deutscher Sprache.
Fristen schwer einzuhalten, z. B. Adressenänderung, Sprachschwierigkeiten.
Wartestellung: durchschnittliche Dauer: 12 - 18 Monate (Bayern, Ba-Wü bis zu drei jahren), bei positivem Bescheid häufig Berufung durch den Bundesbeauftragten (Verlängerung des Verfahrens um vier Jahre).
Verhalten in der BRD geht in das Verfahren ein (Gegenwehr gegen Schikanen, Lageraufenthalt, Zwangsarbeit u. ä., Ordnungswidrigkeiten ...).



Flüchtlinge in Helmstedt

Abschiebung

Station 10.

Räumung und Polizeigewahrsam oft ohne Ankündigung.
Abschiebehaft bei Weigerung „freiwilliger Rückkehr", (gleichzeitig „freiwillige Rückkehr" Beweis für „Asylerschleichung").
Fehlinformationen an Flüchtlinge über Situation in ihrem Herkunftsland (bei Duldung: Überprüfung der Duldung alle sechs bis zwölf Monate, bei Veränderung der Verhältnisse im Heimatland sofortige Abschiebung).
Bei Widerstand auf dem Abschiebetransport Zusammenschlagen und Verabreichen von Drogen (berichtet mehrfach von Berlin, nicht bekannt in Düsseldorf).

